

Nicaragua und Mittelamerika: zwischen Integration und politischer Distanzierung

Autor: Mauricio Díaz Dávila¹

Auch wenn sich die diplomatische Isolation des Ortega-Murillo-Regimes weiter verschärft hat, unterhält Nicaragua zu seinen zentralamerikanischen Nachbarn ein komplexes Beziehungsgeflecht, das von politischen Spannungen, wirtschaftlicher Integration und einer gegenseitigen Abhängigkeit geprägt ist, die keine der Regierungen der Region ignorieren kann.



Dieser Artikel entstand im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und „Expediente Abierto“. Die darin geäußerten Meinungen, Analysen und Schlussfolgerungen liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Position der Konrad-Adenauer-Stiftung oder von „Expediente Abierto“ wider.

Zentralamerika durchlebt derzeit eine schwierige Phase. Politische, geopolitische, ideologische, wirtschaftliche und migrationsbezogene Faktoren haben die regionale Dynamik verändert und zu diplomatischen Spannungen, teilweisen Brüchen in der Zusammenarbeit sowie einer Schwächung einiger Integrationsmechanismen geführt. Viele der seit den Friedensabkommen von Esquipulas II in den 1990er Jahren erzielten Fortschritte wurden durch neue politische, geopolitische und wirtschaftliche Entwicklungen untergraben.

Seit der Rückkehr von Daniel Ortega an die Macht im Jahr 2007 verfolgt Nicaragua eine zunehmend konfrontative Außenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika und bestimmten Regierungen der Region, insbesondere in Fragen der Demokratie, der Menschenrechte, der Migration und der internationalen Beziehungen. Seit dem Jahr 2018 wurden durch die Aushöhlung der Demokratie regionale und internationale rechtliche und politische Verpflichtungen missachtet.

Zudem versuchte die Diktatur, die Integrationsgremien zu kontrollieren, indem sie ihr genehme Kandidaten durchsetzte, die das Zentralamerikanische Integrationssystem (SICA) ebenso lahmlegten wie das Zentralamerikanische Parlament (PARLACEN), das als Mittel in der sandinistischen Strategie genutzt wurde, um Raum für ihre internationalen Verbündeten¹ zu gewinnen, nämlich die Russische Föderation und die Volksrepublik China bis hin zu Algerien und der Polisario-Front in Marokko.

Andererseits wurde das PARLACEN seiner eigentlichen Bestimmung entfremdet, da es regionale Probleme in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Frieden nicht thematisiert: kein Wort über die Krisen in Nicaragua, noch über Machtmissbrauch und Korruption in anderen Mitgliedstaaten. Das Ergebnis war eine wachsende Spannung zwischen den historischen Zielen der zentralamerikanischen Integration und den politischen Dynamiken, die heute mehrere Staaten der Region prägen.

Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, sowohl die Auswirkungen der politischen Entwicklung Nicaraguas auf die Mechanismen der zentralamerikanischen Integration als auch den aktuellen Stand seiner bilateralen Beziehungen zu den anderen Ländern der Region zu untersuchen. Beide Ebenen sind eng miteinander verknüpft, da sich die politischen Spannungen, die aus dem demokratischen Niedergang Nicaraguas resultieren, letztendlich auf die regionalen Institutionen und die diplomatischen Beziehungen zwischen den zentralamerikanischen Staaten ausgewirkt haben.

Die institutionelle Krise des SICA

Zentralamerika ist seit Jahrzehnten bestrebt, seine politische und wirtschaftliche Integration durch regionale Organisationen zu stärken. Nach verschiedenen Integrationsversuchen und nachdem politische Rivalitäten und Militärdiktaturen

¹ Mauricio Díaz Dávila: Nicaraguanischer Rechtsanwalt, Politiker und Diplomat. Er war Abgeordneter im Nationalparlament, Abgeordneter im PARLACEN und Botschafter Nicaraguas in Peru, Guatemala, der Schweiz und Costa Rica. Als politischer Gefangener des Ortega-Murillo-Regimes wurde er 2023 zusammen mit 221 weiteren politischen Gefangenen ins Exil geschickt. Sein Wirken war stets mit dem Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und die zentralamerikanische Integration verbunden.

in den 1970er und 1980er Jahren interne bewaffnete Konflikte, Staatsstreiche und wirtschaftliche Ungleichgewichte hervorbrachten, die die regionale Zusammenarbeit einschränkten, leiteten die Friedensabkommen von Esquipulas II eine neue Phase der Integration ein. Die Gründung des Zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA), welches als wichtigster Mechanismus zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region konzipiert wurde.

Nicaragua hatte mit einigen Ländern Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der institutionellen Funktionsweise der Organisation, darunter bei der Ernennung regionaler Amtsträger und gemeinsamer diplomatischer Vertretungen. Die Situation führte auch zu Spaltungen innerhalb des SICA und erschwerte Einigungen in politischen und diplomatischen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Ernennung eines neuen Generalsekretärs.

Der Konflikt entstand nach dem Rücktritt des Nicaraguaners Werner Vargas im November 2023.ⁱⁱ Seitdem vertrat die nicaraguanische Regierung die Auffassung, dass es ihr gemäß dem regionalen Rotationssystem zustehe, einen Nachfolger vorzuschlagen, wofür sie mehrere Listen mit Kandidaten vorlegte, darunter Beamte, die in direktem Zusammenhang mit den Ereignissen vom April 2018 standen. Sie erhielten jedoch nicht die Unterstützung der übrigen Mitgliedstaaten.

Costa Rica, das den Vorsitz innehatte, drängte auf einen Ausweg aus der Pattsituation und argumentierte, dass das Erfordernis des Konsenses das Funktionieren des Systems lahmlege. Nicaragua beharrte seinerseits darauf, dass die Ernennung Einstimmigkeit erfordere und dass das Generalsekretariat ihm aufgrund institutioneller Rechte zustehe.

Da eine Einigung nicht möglich war, verabschiedeten die Außenminister und stellvertretenden Außenminister des SICA am 24. April 2026 bei einem Treffen in der Dominikanischen Republik eine neue Geschäftsordnung, die das Konsensverfahren durch eine qualifizierte Mehrheit ersetzte und damit das Vetorecht eines einzelnen Staates praktisch abschaffte. Die nicaraguanische Regierung lehnte diese Entscheidung ab, bekräftigte, dass es ihr zustehe, die Amtszeit des Generalsekretärs zu Ende zu führen, kritisierte die Ablehnung ihrer Kandidaten und lehnte die von Costa Rica vorgeschlagenen Dreierlisten von Anfang an ab.ⁱⁱⁱ

Diese Episode machte die institutionellen Grenzen des SICA bei der Bewältigung politischer Meinungsverschiedenheiten zwischen seinen Mitgliedern deutlich und verdeutlichte die bestehenden Spannungen hinsichtlich der Entscheidungsmechanismen innerhalb der Organisation.

Nicaragua und seine Beziehungen zu den zentralamerikanischen Ländern

Ungeachtet der politischen Differenzen zwischen den Regierungen der Region unterhalten die zentralamerikanischen Länder wichtige wirtschaftliche und institutionelle Verbindungen, die sich aus dem Integrationsprozess ergeben.

Die Mitgliedstaaten des SICA profitieren vom Vertrag über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration

durch niedrigere Zölle, Erleichterungen im Zoll- und Logistikbereich sowie einen relativ effizienten Landverkehr. Auch wenn die zentralamerikanische Zollunion noch eine offene Aufgabe ist, haben die Länder des „Nördlichen Dreiecks“ Fortschritte in diese Richtung gemacht.

Trotz der tiefgreifenden ideologischen Differenzen zwischen den zentralamerikanischen Regierungen kann kein Land der Region vollständig auf Nicaragua verzichten, ebenso wenig wie Nicaragua auf seine Nachbarn. Die wirtschaftliche Integration, die Migrationsströme, die regionalen Produktionsketten, die Grenzsicherheit und der Landverkehr haben eine gegenseitige Abhängigkeit geschaffen, die die Regierungen dazu zwingt, ein Mindestmaß an Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, selbst wenn die politischen Beziehungen von starken Spannungen geprägt sind. Aus diesem Grund schwankt die Regionalpolitik des Ortega-Murillo-Regimes zwischen diplomatischer Konfrontation und wirtschaftlichem Pragmatismus, wobei versucht wird, internationale Kritik zu isolieren, ohne die Mechanismen zu zerstören, die den Handel und die zentralamerikanische Integration stützen.

Costa Rica: Demokratie, Migration und gegenseitige Abhängigkeit

Die Beziehungen zwischen Nicaragua und Costa Rica sind aufgrund historischer, politischer, territorialer, migrationsbezogener und wirtschaftlicher Faktoren komplex. Seit 1948 hat Costa Rica seine Armee abgeschafft, was zu einer stabilen demokratischen Tradition führte, die bis zur Konsolidierung einer personalistischen Regierung unter dem ehemaligen Präsidenten Chávez andauerte, der Elemente des costaricanischen politischen Modells in Frage stellte. Seine Nachfolgerin, Laura Fernández, scheint geneigt, diesen Regierungsstil fortzuführen.

Nicaragua hingegen hat Bürgerkriege, Diktaturen, Revolutionen und politische Krisen durchlebt, hinzu kommen Naturkatastrophen, die dazu beigetragen haben, dass unser Land zu einem Herkunftsland für Auswanderer geworden ist.

Die 2018 in Nicaragua ausgebrochene soziopolitische Krise hat die bilateralen Beziehungen zusätzlich belastet. Costa Rica ist zum wichtigsten Zielort für nicaraguanische Exilanten und zu einem der wichtigsten Aufnahmelande für Asylsuchende aus Nicaragua geworden. Diese Situation hat den Beziehungen eine humanitäre und politische Komponente verliehen, die über die traditionellen Handels- und Migrationsbeziehungen zwischen beiden Ländern hinausgeht.

Im wirtschaftlichen Bereich ist Costa Rica weiterhin einer der wichtigsten Handelspartner Nicaraguas. Der bilaterale Handel ist für Costa Rica vorteilhaft, da Nicaragua mehr als dreimal so viel von Costa Rica kauft, wie es dorthin verkauft.^{iv} Die Verbindungen zwischen beiden Ländern gehen jedoch über den Handel hinaus. Die geografische Nähe, die Arbeitsmigration sowie bestehende familiäre Beziehungen durch Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft haben eine tiefe menschliche und soziale Verflechtung geschaffen, die trotz der bestehenden politischen Differenzen zwischen den Regierungen fortbesteht.

Honduras: Von politischer Nähe zu institutioneller Distanz

Obwohl es gelegentlich politische Differenzen gibt, hat Honduras direkte Konfrontationen mit Managua vermieden. Die bilateralen Beziehungen hingen weitgehend vom innenpolitischen Kontext in Honduras und den jeweiligen regionalen Bündnissen ab. In den ersten Jahren der Regierung von Xiomara Castro war diese Beziehung von einer relativen politischen Nähe geprägt, die sowohl durch die historischen Verbindungen zwischen der Zelaya-Bewegung und dem Sandinismus als auch durch die Aufnahme honduranischer Politiker in Nicaragua begünstigt wurde, die in verschiedene Gerichtsverfahren und politische Kontroversen verwickelt waren, darunter einige ehemalige Amtsträger aus dem Umfeld des ehemaligen Präsidenten Manuel Zelaya und, in jüngerer Zeit, ehemalige Amtsträger späterer Regierungen, denen Korruption vorgeworfen wurde.^v

Diese Dynamik hat jedoch zu wachsenden Spannungen geführt. Ein Beispiel dafür war die Entscheidung des Ortega-Murillo-Regimes, die Präsidentin des Zentralamerikanischen Gerichtshofs, Gloria Guadalupe Oquelí Solórzano, und den honduranischen Richter Óscar Fernando Chinchilla Banegas im Mai 2026 zu unerwünschten Personen zu erklären und auszuweisen, nur wenige Tage, nachdem Honduras seinen Austritt aus diesem Gremium angekündigt hatte. Dieser Vorfall machte die Verschlechterung der bilateralen Beziehungen und die zunehmenden Spannungen zwischen beiden Regierungen im Rahmen der zentralamerikanischen regionalen Integration deutlich.^{vi}

Die derzeitige Regierung unter Nasry Asfura scheint ihrerseits einen Wandel in der honduranischen Außenpolitik einzuleiten. Ihre Nähe zur Trump-Regierung steht im Gegensatz zur Ausrichtung der mit dem Zelayismus verbundenen Regierungen, weshalb eine weniger ideologisch geprägte und pragmatischere Beziehung zu Managua zu erwarten ist, die sich auf gemeinsame Interessen wie Handel, Migration und Grenzsicherheit konzentriert.

Im wirtschaftlichen Bereich unterhält Honduras einen bedeutenden Handelsaustausch mit Nicaragua. Nach Angaben des Observatorio de Complejidad Económica (OCE) belaufen sich die honduranischen Exporte nach Nicaragua auf rund 800 Millionen Dollar, während die nicaraguanischen Exporte nach Honduras etwa 500 Millionen erreichen.^{vii}

El Salvador: diplomatische Vorsicht und politischer Pragmatismus

Die Beziehungen zwischen Nicaragua und El Salvador haben je nach der jeweils amtierenden salvadorianischen Regierung Schwankungen unterlegen. So gewährte die nicaraguanische Regierung korruptionsangeklagten, ehemaligen Präsidenten der „Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional“ (FMLN) Schutz: Mauricio Funes verstarb als nicaraguanischer Staatsbürger und der ehemalige Präsident Sánchez Cerén lebt nach wie vor unter Schutz in unserem Land.^{viii}

In den letzten Jahren waren die Beziehungen relativ zurückhaltend. Trotz ideologischer und außenpolitischer Differenzen haben beide Regierungen die diplomatischen Kanäle offen gehalten und die regionale Zusammenarbeit fortgesetzt. Diese Zurückhaltung ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass keine der beiden Regierungen Interesse daran hat, die politischen Differenzen zu einer offenen Konfrontation eskalieren zu lassen, und stattdessen einer pragmatischen Beziehung im regionalen Rahmen den Vorrang gegeben hat.

In politischer Hinsicht hat El Salvador es vermieden, offen konfrontative Positionen gegenüber Nicaragua einzunehmen, hat aber auch keine enge Beziehung zum Ortega-Murillo-Regime aufgebaut. Die Regierung von Nayib Bukele hat einer pragmatischen Außenpolitik den Vorrang gegeben, die sich auf ihre innenpolitischen Prioritäten konzentriert. Deshalb hat sie sich dafür entschieden, die diplomatischen Kanäle offen zu halten und die regionale Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Obwohl sie einige Konsense zur Verteidigung der demokratischen Institutionen unterstützt hat, hat sie es vermieden, eine führende Rolle beim regionalen Druck gegen Managua zu übernehmen.

Auf wirtschaftlicher Ebene ist El Salvador für Nicaragua innerhalb des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes weiterhin ein wichtiger Handelspartner. Der bilaterale Handel ist relativ ausgeglichen, auch wenn Nicaragua etwas mehr Waren aus El Salvador importiert, als es dorthin exportiert.^{ix} Über den Handelsaustausch hinaus profitieren beide Länder von den Vorteilen der zentralamerikanischen Wirtschaftsintegration, insbesondere in den Bereichen Landverkehr, regionale Lieferketten und Handelserleichterungen, Faktoren, die dazu beigetragen haben, trotz politischer Differenzen eine funktionierende Beziehung aufrechtzuerhalten.

Guatemala: Die Abkühlung der bilateralen Beziehungen

Die Beziehungen zu Guatemala, insbesondere zur Regierung von Präsident Bernardo Arévalo, befinden sich aufgrund der kritischen Haltung, die dieser gegenüber dem demokratischen Niedergang in Nicaragua eingenommen hat, auf einem der tiefsten Tiefpunkte der letzten Jahrzehnte.

Im Gegensatz zu anderen zentralamerikanischen Regierungen, die sich für diplomatische Zurückhaltung entschieden haben, hat die Regierung Arévalo die Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte zu einem der Schwerpunkte ihrer Außenpolitik gemacht. Dies hat dazu geführt, dass Guatemala in regionalen und internationalen Foren eine entschlosseneren Haltung zur Lage in Nicaragua einnimmt und zu einer der Regierungen geworden ist, die den autoritären Kurs des Ortega-Murillo-Regimes am deutlichsten in Frage gestellt haben.

Die Äußerungen des Außenministers Carlos Ramiro Martínez vom 12. Mai, in denen er das Regime als undemokratisch bezeichnete, lösten eine Protestnote aus, die vom stellvertretenden Außenminister der Diktatur unterzeichnet wurde, der diese Äußerungen als respektlos und als Einmischung bezeichnete.^x Dieser Vorfall verschärfte die Verschlechterung der Beziehungen, die bereits durch das Fehlen eines reibungslosen politischen Dialogs und durch Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der regionalen demokratischen Institutionen geprägt waren.

Die politische Entfremdung hat jedoch nicht zu einem Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen geführt. Guatemala ist weiterhin einer der wichtigsten Handelspartner Nicaraguas innerhalb des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes und ein bedeutender Akteur in den regionalen Lieferketten.

Die Exporte nach Nicaragua bestehen hauptsächlich aus Industriegütern, verarbeiteten Lebensmitteln, Medikamenten und Industriematerialien, während Nicaragua den guatemaltekischen Markt mit Rindfleisch, Milchprodukten, Kaffee, Zucker, Erdnüssen und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen beliefert.^{xi} Diese wirtschaftliche Komplementarität zeigt, dass beide Länder trotz politischer Meinungsverschiedenheiten aufgrund des zentralamerikanischen Integrationsprozesses weiterhin in hohem Maße voneinander abhängig sind.

Panama: politische Kritik und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Panama unterhält seit jeher ein komplexes Verhältnis zu Nicaragua, das durch einen Gegensatz zwischen politischen Differenzen und der Kontinuität der wirtschaftlichen Beziehungen gekennzeichnet ist. Traditionell orientiert sich die panamaische Außenpolitik stärker an der Verteidigung der regionalen demokratischen Institutionen und an den Positionen der multilateralen Organisationen des interamerikanischen Systems. In diesem Zusammenhang hat Präsident José Raúl Mulino öffentlich Kritik am autoritären Kurs des Ortega-Murillo-Regimes geäußert und seine Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk angesichts der humanitären Tragödie bekundet, mit der es infolge von Zwangsexil und politischer Unterdrückung konfrontiert ist.

Auf politischer Ebene hat Panama zu verschiedenen Zeitpunkten regionale Initiativen unterstützt, die darauf abzielten, die Achtung der Demokratie und der Menschenrechte in Nicaragua einzufordern.^{xii} Im Gegensatz zu anderen zentralamerikanischen Regierungen, die sich für eine zurückhaltendere Haltung entschieden haben, um diplomatische Konfrontationen mit Managua zu vermeiden, hat Panama eine deutlichere Position zur Verteidigung der demokratischen Prinzipien eingenommen, was zu bilateralen Spannungen geführt hat, insbesondere im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und anderer multilateraler Foren. Diese Differenzen haben jedoch weder zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch zu einer Unterbrechung der Mechanismen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geführt.

Die bilateralen Beziehungen wurden zudem durch die Migrationsbewegungen im Zuge der nicaraguanischen Krise beeinflusst. Obwohl Panama nicht zu den wichtigsten Zielen für Exilanten zählt, hat es Unternehmer, Fachkräfte und andere nicaraguanische Staatsbürger aufgenommen, die ihre beruflichen Aktivitäten oder ihren Wohnsitz in das Land verlegt haben. Gleichzeitig verfolgen die panamaischen Behörden eine strenge Einwanderungspolitik, verstärken die Kontrollen und führen Abschiebungen bei illegalem Aufenthalt oder bei Personen durch, die mit kriminellen Aktivitäten in Verbindung stehen.^{xiii}

Im wirtschaftlichen Bereich ist Panama ein strategischer Partner, dessen Bedeutung

weit über den bilateralen Handel hinausgeht. Neben dem Austausch von Agrarprodukten und Leichtindustrieerzeugnissen stellt das Land eines der wichtigsten Logistik- und Finanzzentren Lateinamerikas dar. Der Panamakanal ist nach wie vor eine strategische Infrastruktur für den regionalen Seehandel und eine wichtige Transitroute für zentralamerikanische Waren, darunter auch nicaraguanische, auf dem Weg zu den Märkten in Nordamerika, Europa und Asien.

Diese Tatsache zeigt, dass trotz der politischen Differenzen zwischen beiden Regierungen die wirtschaftliche und logistische Verflechtung eine pragmatische Herangehensweise erzwungen hat. Für das Ortega-Murillo-Regime ist die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zu Panama von entscheidender Bedeutung, um die Kosten seiner zunehmenden internationalen Isolation zu senken.

Nicaragua und die Herausforderungen der regionalen Integration

Die Beziehungen zwischen Nicaragua und den zentralamerikanischen Ländern befinden sich in einer Phase politischer Instabilität, sind jedoch von wirtschaftlichem Pragmatismus geprägt. Die politischen Differenzen haben die regionale Integration geschwächt, doch die Handels-, Migrations- und geografischen Verbindungen bestehen weiterhin.

Die Zukunft dieser Beziehungen wird von mehreren Faktoren abhängen. Der erste ist die Rückkehr Nicaraguas zu einer repräsentativen Demokratie, die freie Wahlen und einen friedlichen Übergang voraussetzt. Dazu wird eine Kombination verschiedener Faktoren erforderlich sein, wobei der Druck der Regierung von Donald Trump, sofern er überhaupt ausgeübt wird, entscheidend sein könnte. Da es, zumindest formal, keine interne politische Opposition gibt und die externe Opposition weiterhin formlos ist, muss eine Notstandsführung unter den politischen Führungspersönlichkeiten gesucht werden, die für ihre Seriosität, ihr Ansehen und ihre Kompetenz bekannt sind.

Zentralamerika muss seine demokratischen Prinzipien mit der Notwendigkeit in Einklang bringen, die regionale Stabilität zu wahren. Nicaragua ist nach wie vor ein Akteur, dessen politische Zukunft direkte Auswirkungen auf die gesamte zentralamerikanische Region haben wird.

Es bedarf mehr innerstaatlichen und internationalen Drucks sowie einer aktiven Rolle der demokratischen Nachbarstaaten, eine Art Rückkehr zu „Esquipulas II“ um den Stillstand bei der Integration zu überwinden und im Falle Nicaraguas die Einhaltung seiner internationalen rechtlichen Verpflichtungen durchzusetzen.

Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre, dass das Regime straffrei bleibt und sich als nachahmenswertes „Modell“ etabliert, das für autoritäre Führungspersönlichkeiten attraktiv ist. Unterdessen wird es weiterhin das Land bleiben, das naturgemäß das Streben nach einem auf Freiheit basierenden regionalen Gemeinschaftsmodell behindert.

- i Oscar-René Vargas, „2025: Nicaraguas Beziehungen zu Russland, China und den Vereinigten Staaten“, 17. September 2025, <https://oscarenervargas.com/2025/09/17/2025-relaciones-de-nicaragua-con-rusia-china-y-estados-unidos/>
- ii Divergentes, „Der Nicaraguaner Werner Vargas tritt als Generalsekretär der SICA zurück“, Divergentes, 16. November 2023, <https://www.divergentes.com/renuncia-el-nicaraguense-werner-vargas-como-secre-tario-general-del-sica/>
- iii Fabián Medina Sánchez, „Die historische Maßnahme zur Eindämmung der Erpressung durch das Ortega-Regime in der wichtigsten regionalen Organisation Zentralamerikas“, Infobae, 9. Mai 2026, <https://www.infobae.com/nicaragua/2026/05/09/la-historica-medida-para-frenar-el-chantaje-del-regimen-de-ortega-en-el-principal-organis-mo-regional-de-centroamerica/>
- iv Observatory of Economic Complexity (OEC), „Nicaragua / Costa Rica“, Profil zum bilateralen Handel, abgerufen am 25. Juni 2026, <https://oec.world/es/profile/bilateral-country/nic/partner/cr/>
- v Kelly Orteiz, „Nicaragua: Beliebter Zufluchtsort für in Korruptionsskandale verwickelte honduranische Politiker“, Criterio.hn, 11. September 2023, <https://criterio.hn/nicaragua-refugio-predilecto-de-politicos-hondurenos-liga-dos-a-la-corrupcion/>
- vi La Tribuna, „Nicaragua weist honduranische Richter des CCJ aus, nachdem es sie für ‚unerwünscht‘ erklärt hat“, La Tribuna, 27. Mai 2026, <https://www.latribuna.hn/2026/05/27/nicaragua-expulsa-a-magistrados-hondurenos-de-la-cj-tras-declararlos-non-gratos/>
- vii Observatory of Economic Complexity (OEC), „Nicaragua / Honduras“, Profil zum bilateralen Handel, abgerufen am 25. Juni 2026, <https://oec.world/es/profile/bilateral-country/nic/partner/hnd>
- viii Deutsche Welle (DW), „Nicaragua verleiht Sánchez Cerén, der vor der Justiz geflohen ist, die Staatsbürgerschaft“, DW, 30. Juli 2021, <https://www.dw.com/es/nicaragua-nacionaliza-a-s%C3%A1nchez-cer%C3%A9n-pr%C3%B3fugo-de-la-justi-cia-salvadore%C3%B1a/a-58710203>
- ix Observatory of Economic Complexity (OEC), „Nicaragua / El Salvador“, Profil zum bilateralen Handel, abgerufen am 25. Juni 2026, <https://oec.world/es/profile/bilateral-country/nic/partner/slv>
- x Katlen Urquilla, „Diplomatische Spannungen: Guatemala wirft dem Ortega-Regime vor, undemokratisch zu sein, und Nicaragua reagiert“, Infobae, 14. Mai 2026, <https://www.infobae.com/nicaragua/2026/05/14/tension-diplo-matica-guatemala-acusa-al-regimen-de-ortega-de-antidemocratico-y-nicaragua-responde/>
- xi Observatory of Economic Complexity (OEC), „Nicaragua / Guatemala“, Profil zum bilateralen Handel, abgerufen am 25. Juni 2026, <https://oec.world/en/profile/bilateral-country/nic/partner/gtm>
- xii Forbes Centroamérica-Redaktion, „Mulino spricht vor der OAS-Versammlung über die Lage in Nicaragua, Kuba und Venezuela“, Forbes Centroamérica, 23. Juni 2026, <https://forbescentroamerica.com/2026/06/23/mulino-habla-en-la-asamblea-de-la-oea-sobre-la-situacion-en-nicaragua-cuba-y-venezuela/>
- xiii Thania Urías, „Die Regierung Panamas hat 24 Nicaraguaner zurückgeschickt, nachdem Straftaten und Verstöße gegen das Einwanderungsrecht festgestellt wurden“, Infobae, 17. Juni 2026, abrufbar unter: <https://www.infobae.com/nicaragua/2026/06/17/el-gobierno-de-panama-devolvio-a-24-nicaraguenses-tras-detectar-delitos-e-irregularidades-migratorias/>

Autor:

Mauricio Díaz Dávila
nicaraguanischer Rechtsanwalt, Politiker und Diplomat

Rechtlicher Hinweis

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Büro Costa Rica und Panama
<https://www.kas.de/es/web/costa-rica-und-panama>

Haftungsausschluss:

Die in diesem Dokument geäußerten Meinungen liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Konrad-Adenauer-Stiftung wider.



Der Text dieser Veröffentlichung unterliegt der Creative-Commons-Lizenz:
«Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International», CC BY-SA 4.0
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)